

Das Wucher-System der SED

Waren verschwinden, Preise steigen, Selbstkosten werden gesenkt

Im gleichen Maße, in dem sich der Zeitraum bis zu der von der SED immer wieder verzögerten und nun zur Oktoberwahl versprochenen Preissenkung verkürzt, verschwinden die vor kurzem noch vorrätigen Waren aus den Fenstern der HO. Die Bevölkerung fragt bestürzt: „Was nützt uns die dringend notwendige Preissenkung, wenn sie tatsächlich noch kommt und es dann die im Preis gesenkten Waren überhaupt nicht mehr zu kaufen gibt?“ Ganz im Gegensatz zu früheren HO-Preissenkungen, bei denen man die vorhandenen Waren noch schnell zum alten Preis verkaufen wollte, steht diese Taktik des „Verschwindenlassens“. Dazu kommen die alarmierenden Meldungen über die Einführung sogenannter „Qualitätspreise“ und die mit der „Selbstkostensenkung“ verbundenen Lohndrückereien der volkseigenen Industrie. Was bezweckt die SED damit?

Seit dem Ende des zweiten Planjahr-Quartals, also im Juni, hat die SED keine Illusionen mehr über den Abschluß ihres Fünfjahrplans. Rohstoffmangel, bis zum Ruin ausgenutzte und vernachlässigte Maschinenanlagen, Unrentabilität und Produktions-Chaos sind das Erbe jener fünf Jahre, die sich die SED 1949 in ihrem Planprogramm ausbedungen hat.

Die Bevölkerung aber, die die ganzen Jahre im Hinblick auf die Versprechungen der SED und den kommenden Wohlstand Entbehrungen und Ausbeutung auf sich genommen hat, erwartet jetzt etwas von Staat und Partei!

Preissenkung tausendfach bezahlt

Bereits in den letzten Wochen hatten die Parteiagitatoren in zunehmendem Maße mit hieb- und stichfesten Argumenten der hellhörig werdenden Bevölkerung zu kämpfen. Gegenwärtig wird der Partei vorgerechnet, wie viele Milliarden Ostmark allein seit der letzten Preissenkung durch Einsparungskampagnen, Normheraufsetzungen, Verteuerung gewisser Lebensmittel und Gebrauchsgüter sowie durch „freiwillige Sonder-

schaften“ zur Planerfüllung auf das Konto einer neuen Preissenkung gutgeschrieben worden sind.

Würde die SED nur einen Bruchteil dieser Summe der Bevölkerung wieder zugute kommen lassen, müßte sie eine fast 50prozentige Preissenkung für alle Verbrauchsartikel und die meisten HO-Lebensmittel verkünden.

Statt dessen versucht die SED, durch immer neuen Betrug den Verdienstaufschlag einer nicht zu umgehenden Preissenkung herbeizuholen. Ab 1. Oktober dieses Jahres werden 40 Prozent der Produktion volkseigener Betriebe als „Qualitätsware“ verkauft, zu einem um 20 bis 35 Prozent erhöhten Preis.

Es ist dies Ware mit dem „Gütezeichen A“, wie sie eigentlich überhaupt nur verkauft werden dürfte. Was darunter ist, müßte als Ausschuß abgegeben werden. Die SED verkauft es als „Sonderklasse“ zum normalen Preis.

Wer also in Zukunft Glühbirnen haben will, die länger als zwei Tage brennen, Bügeleisen, die gleichmäßig heiß werden, Wäsche, die beim Waschen nicht einläuft oder färbt, der wird zur „Qualitätsware“ greifen

und ein Viertel bis Drittel mehr bezahlen müssen. Die Preissenkung bleibt bei solcher Sachlage ein glatter Betrug.

Auf Dummenfang

Dies und anderes bekommen die Agitatoren nun täglich zu hören. Trotzdem versucht die SED mit der Methode des Dummenfangs, den geringen Verlust einer Preissenkung möglichst noch zuvor mehrfach wieder herbeizuholen. Sie argumentiert, als ob diese Preissenkung erst verdient werden müsse.

Tausendfach haben die Arbeiter der Zone in den letzten 18 Monaten das herausgewirtschaftet, wovon ihnen die SED nun ein Quentchen abgeben soll.

Jetzt geht es von vorne los: Die Baukosten sind zu hoch, es wird zu wenig Material eingespart, die Arbeitszeiten sind zu kurz, die Normen zu niedrig, die Leistungslohnne zu hoch angesetzt. Der Staat wird zum Wucherer, der sich vor den Armen dreht und windet: „Ich bin ein armer Mann! Wenn ich es euch billiger lasse, geht mein Laden in Konkurs!“

Und in Pankow wird verwirtschaftet und vergeteudet, was der Bevölkerung im HO-Laden abgewuchert wird.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich die SED in den westdeutschen Streiks engagiert. Solange sie ihre eigene Bevölkerung ablenken kann, glaubt sie sich der größten Gefahr entgangen. Bei ihr darf ja niemand streiken. Nur eines kann sie nicht verhindern: Daß die Bevölkerung, wenn die Partei in so plumper Weise überfällige Preissenkungen sabotiert, nicht mehr und nicht besser arbeitet, als sich der Staat zu zahlen bemüht.

Geistige Kraft gegen den Materialismus

Der 76. Deutsche Katholikentag findet vom 31. August bis 5. September in Fulda statt, in der Stadt des Apostels Deutschlands, des Heiligen Bonifatius. Für eine Woche wird er Katholiken aus Ost und West, aus der Bundesrepublik und aus Mitteleuropa, vorübergehend vereinen. Freilich wird man nicht mit einer so überwältigend starken Beteiligung der Sowjetzonen-Katholiken rechnen können wie beim Berliner Katholikentag 1952.

Aber bereits die Fuldaer Bonifatius-Feierlichkeiten zu Pfingsten 1954 waren so gut aus der Sowjetzone besucht, daß sich das Lokalkomitee des Katholikentages vorsorglich auf eine weit höhere Beteiligung der mitteldeutschen Katholiken eingerichtet hat, als ursprünglich geplant. Die Bevölkerung des Fuldaer Ländchens hat dafür weiterhin kostenlose Quartiere zur Verfügung gestellt, und auch die

westdeutschen Teilnehmer übernehmen durch ihre Teilnehmergebühr gern einen Teil der Unkosten für ihre östlichen Brüder und Schwestern. Diese christliche Solidarität ist sicher nicht der kleinste Erfolg einer solchen Tagung.

Die ersten drei Tage dienen der Durchführung der fünfzehn Arbeitsgemeinschaften über das Thema „Ihr sollt mir Zeugen sein!“ Eine Arbeitsgemeinschaft wird sich mit dem „christlichen Zeugnis in der politischen Entscheidung“ beschäftigen, eine andere mit der „Katholischen internationalen Zusammenarbeit“. Am Freitag, dem 3. 9., wird Bundesminister Anton Storch (ein geborener Fuldaer) als Präsident des Katholikentages die öffentlichen Veranstaltungen eröffnen. Auf drei öffentlichen Versammlungen auf dem Domplatz (er ist ebenso wie der ehrwürdige Dom, die Grabstätte des Heiligen Bonifatius, in diesem Jahre renoviert worden) werden zwei führende Laien und ein Geistlicher sprechen: Dr. Gustav

Sieverth, der Direktor der Pädagogischen Akademie Aachen, über „Unser Bekenntnis — die Kirche des Herrn!“, Professor Friedrich Dessauer, Frankfurt a. M. über „Unser Zeugnis — das christliche Leben!“ und P. Johannes Hirschmann SJ, Frankfurt a. M., über „Ihr sollt mir Zeugen sein bis an die Grenzen der Erde!“

Diese Namen garantieren für eine zeitnahe Behandlung des Themas, das ja von einer schicksalhaften Aktualität für die Kirche Deutschlands ist.

Fulda ist für eine solche gesamtdeutsche Tagung nicht nur wegen der Zonen-Nähe geeignet, sondern vor allem auch deswegen, weil es die Bischofsstadt einer Diözese ist, die größtenteils in der Sowjetzone liegt, also an dem tragischen Schicksal der Spaltung selbst leidet und deshalb Verständnis für die Situation der mitteldeutschen Katholiken aufbringen kann. Wir sind gewiß, daß auch von diesem Katholikentag geistige Kräfte ausgehen werden, die den Ansturm des gottlosen Materialismus aufhalten helfen.

Sieben Sonderzüge aus der Zone

Die Vorbereitungen zum Katholikentag

Fulda (Eigenbericht). Die Vorbereitungen für den 76. Deutschen Katholikentag in Fulda gehen ihrem Ende entgegen. Für eine Woche wird das 45 000 Einwohner zählende Fulda zur Großstadt werden und rund 200 000 Katholiken aus allen Teilen Deutschlands, aus dem Ausland, aus Europa und von Übersee aufnehmen. Mehr als 20 000 Teilnehmer erwartet man allein aus der Sowjetzone, die sieben Sonderzüge angekündigt hat. Rund 400 Züge täglich wird der Bahnhof Fulda während dieser Zeit zu bewältigen haben.

Ausländische Gäste kommen in besonders großer Zahl aus Frankreich, Holland und Belgien. Aus Spanien hat sich neben zahlreichen Einzelreisenden eine 40köpfige Gruppe angemeldet. Von Übersee kommen Besucher aus den Vereinigten Staaten, dem Fernen Osten und aus Afrika. Vom amerikanischen Kontinent wird eine Gruppe von 40 Geistlichen aus Süd- und Mittelamerika erwar-

tet. Erstmals in der Geschichte der Katholikentage werden Vertreter der einzelnen Rassen, aus Indien, China, Japan, Afrika und dem Vorderen Orient auf der Schlußkundgebung zu ihren deutschen Brüdern sprechen.

Wenn die Kirchentage, katholische wie evangelische, in den letzten Jahren stets gesamtdeutsche Begegnungen darstellten, so wird dies in besonderem Maße für Fulda gelten. Täglich treffen neue Anmeldungen aus der Sowjetzone ein.

„Ihr sollt mir Zeugen sein“ ruft der 76. Deutsche Katholikentag jedem einzelnen zu: Zeugen Christi in der politischen Entscheidung, der internationalen Zusammenarbeit, in Ehe und Familie, in Arbeit und Freizeit, in jedem Lebensbereich. Diese Forderung steht über den Tagen der großen Gemeinschaft in Fulda, soll von dort aus weitergetragen werden in jede Diözese, jede Stadt, jedes Dorf und jede Familie.

Grußwort Thadden-Trieglaffs

Berlin (DPA). Ein Bekenntnis zur brüderlichen Gemeinschaft der Christen beider Konfessionen legt der Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages, Dr. v. Thadden-Trieglaff, in einem Grußwort an die Teilnehmer des 76. Deutschen Katholikentages in Fulda ab. In der offiziellen Festzeitung zu dem bevorstehenden Katholikentreffen appelliert er an die Christen in Deutschland, „Boten des Friedens in dieser grausam friedlosen Welt“ zu sein. „Laßt uns den Erudergeist in unserer Mitte pflegen und wohl tun, wo uns die Not begegnet — auch einmal ohne nach dem besonderen Bekenntnisstand zu fragen.“ Es fehle nicht an Gelegenheiten zur christlichen Bewährung innerhalb und zwischen den Konfessionen.

Heimat in Ost und West

Bonn (DPA). Die Volksbewegung für die Wiedervereinigung „Unteilbares Deutschland“ hat dem Verband der Landsmannschaften mitgeteilt, daß sie den „Tag der Heimat“ am 12. September fördern wolle. Wie der Mitteilungs- und Informationsdienst für Vertriebenenfragen feststellte, erfolgt diese Förderung auch auf Wunsch von Bundesminister Jakob Kaiser. Der „Tag der Heimat“ soll am 12. September von den Vertriebenenverbänden unter dem Leitwort „In Ost und West — deutsche Heimat“ veranstaltet werden.

Schweden und Schweizer helfen

Die Verteilung der Lebensmittelpende in der Sowjetzone

Genf (DPA). Die amerikanische Lebensmittelpende für die Opfer der Flutkatastrophe in der Sowjetzone soll von schweizerischen und schwedischen Rot-Kreuz-Beamten in Zusammenarbeit mit sowjetzonalen Freiwilligen verteilt werden. Amerikaner werden an der Verteilung nicht teilnehmen.

Der Sekretär der Rot-Kreuz-Liga, Henry Dunning, erklärte

in Genf, die amerikanische Rot-Kreuz-Gesellschaft habe sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Die ersten Lebensmittel werden wahrscheinlich aus Beständen geliefert werden können, die bereits in Deutschland lagern.

Der Leiter der Mission für die amerikanische Auslandshilfe in der Bundesrepublik, Michael Harris, hat versichert, daß die versprochene Hilfe so rasch wie möglich anlaufen wird.

Die USA wollen unter anderem Butter, Weizen, Mais, Gerste, Roggen, Haferflocken, Erbsen, Leinsamen, Käse und Bohnen liefern. Die Spende soll ohne Rücksicht auf Gesinnung und Staatszugehörigkeit an die betroffenen Einwohner verteilt werden. Zwei Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes werden in der Zone an Ort und Stelle feststellen, wie die Bevölkerung am besten unterstützt werden kann.

Notaufnahmegesetz gilt für alle

Grundsätzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts

Berlin (DPA). In einer Grundsatzenscheidung, die jetzt rechtskräftig geworden ist, hat das Verwaltungsgericht Berlin die Gepflogenheit des Leiters des Bundesnotaufnahmeverfahrens für unzulässig erklärt, geflüchteten Studenten eine Verhandlung vor den Aufnahmeausschüssen zu verweigern. Er hatte die Flüchtlingsstudenten statt dessen auf die Möglichkeit verwiesen, sich durch Immatrikulation an einer Westberliner Hochschule eine befristete Zuzugsgenehmigung zu verschaffen.

In dem Urteil heißt es, daß die gesetzlichen Bestimmungen keinen Anlaß dafür bieten, bestimmte Berufsgruppen, etwa Studenten, von einer Anwendung des Notaufnahmegesetzes auszuschließen. Das Notaufnahmegesetz sei auf alle deutschen Staats- und Volkszugehörigen aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor anzuwenden. Auch eine befristete Zuzugsgenehmigung stehe dem nicht entgegen, da sie keine Aufenthaltserlaubnis im Sinne des Notaufnahmegesetzes sei.

„Revolutionäre Soldaten“

Berlin (DPA). Mit der Aufforderung an die FDJ, für die „Sache des Friedens“ das Leben einzusetzen und von den jungen sowjetischen Partisanen während des Krieges zu lernen, hat der SED-Kaderchef Karl Schirdewan eine neue Aktivität des kommunistischen Jugendver-

bandes angekündigt. In einer Ansprache rief er die Mitglieder einer FDJ-Bezirksschule bei Königs Wusterhausen zu einer „Kampfstimmung gegen die Bundesregierung“ auf. Die FDJ-Mitglieder müßten ihre Tätigkeit im kommunistischen Jugendverband als „revolutionären Soldatendienst“ ansehen.

Hohe Textilproduktion im Westen

Berlin (Eigenmeldung). Noch niemals seit der Währungsreform war die westdeutsche Textilproduktion im Zeitraum Januar/Juni so hoch wie in diesem Jahre. Der arbeitstägliche Produktionsindex (1936 = 100) stieg im Monatsdurchschnitt auf 147,1 (im ersten Halbjahr v. J. 138,9), er hat gegenüber dem Vorjahr erneut um 6,4 Prozent zugenommen und das erste Halbjahr 1949 um über 86 Prozent übertroffen. Da die Einwohnerzahl der Bundesrepublik gegenüber der Vorkriegszeit um rund 25 Prozent gewachsen ist, der Produktionsindex sich aber um rund 47 Prozent erhöhte, hat die westdeutsche Textilindustrie im 1. Halbjahr 1954 je Kopf der Bevölkerung an Menge 18 Prozent mehr erzeugt als 1936.

Der Produktionsverlauf des 1. Halbjahres war recht merkwürdig. Die Spitze mit einem Index von 150,4 wurde bereits im Februar erreicht; dann sank die Kurve kaum spürbar bis

zum Mai auf 148, um im Juni einen durch Jahreszeit und Witterung bedingten Rutsch auf 139,3 zu tun, durch den zum erstenmal seit zwei Jahren das Vorjahrsergebnis (140) unterschritten wurde. Die übliche Frühjahrsbelegung ist im März-April ebenso ausgeblieben wie die Vorsommerflaute im Mai. Konjunktur und Saison haben sich gewissermaßen miteinander vermischt oder gegeneinander aufgehoben. So ergab sich ein höheres Maß von Stetigkeit.

Die Produktion des ersten Halbjahres ist in beiden Hauptgruppen gegenüber den ersten sechs Monaten 1953 beträchtlich gestiegen: in den Spinnereien und Zwirnereien von rund 284 300 auf rund 308 900 t, in den Webereien, Wirkereien, Strickerereien usw. (Garnverbrauch) von rund 286 600 auf rund 288 100 t, also um 8,7 bzw. 7,3 Prozent. Noch niemals sind im Zeitraum Januar/Juli von der Textilindustrie soviet Garne bereitgestellt und verarbeitet worden.

KP in Amerika verboten

Ein neues Gesetz — Nur noch Unterschrift des Präsidenten

Washington (AP). Der amerikanische Kongreß hat einem Gesetz zugestimmt, das die Kommunistische Partei verbietet und sie sowie die kommunistisch infizierten Gewerkschaften aller Rechte entkleidet.

Entgegen den Wünschen der Regierung wurde in das Gesetz vom Senat eine Bestimmung aufgenommen, die die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei unter Strafe stellt. Das Gesetz bedarf jetzt, um in Kraft zu treten, nur noch der Unterschrift des Präsidenten.

Antwortnote fast fertig

Paris (DPA). Die Antwortnote des Westens auf die beiden letzten sowjetischen Noten ist, wie von amtlicher Seite in Paris mitgeteilt wurde, nahezu fertiggestellt und dürfte in den nächsten Tagen in Moskau überreicht werden. Die Sachverständigen der Westmächte kamen in London noch einmal zusammen, um den Text endgültig festzulegen.

Alle drei Regierungen hatten Änderungen des bereits ausgearbeiteten Entwurfs für eine Antwortnote vorgeschlagen. Übereinstimmung soll darüber herrschen, daß die von der Sowjetunion gewünschte Konferenz über Europas Sicherheit und über Deutschland nicht rundweg abgelehnt wird.

Großbritannien und die USA treten aber dafür ein, daß die Sowjetunion zunächst gefragt werden soll, ob sie jetzt freien

Neue Formen der Europa-Verteidigung

Bonn (Eigenbericht). Die zuständigen Stellen der Bundesregierung, besonders im Bundeskanzleramt, im Auswärtigen Amt und in der Dienststelle Blank, haben sich für den Fall eines Scheiterns der EYG seit langer Zeit mit anderen Möglichkeiten eines deutschen Beitrages zur Verteidigung beschäftigt. Drei Lösungsmöglichkeiten sind dabei in den Vordergrund getreten:

1. Die Aufnahme der Bundesrepublik in das nordatlantische Militärbündnis.

Wahlen in Gesamtdeutschland als erstem Schritt zur Wiedervereinigung zustimmt.

Kein Präventivkrieg

Omaha (Nebraska) (DPA/AP). Der Stabschef der US-Luftstreitkräfte, General Twining, und der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Murphy, sprachen sich ebenso wie Präsident Eisenhower entschieden gegen einen Präventivkrieg aus.

Auf der Jahrestagung der US-Luftwaffengesellschaft erklärte Twining: „Wir haben unsere Finger nicht dauernd am Abzug, sondern wir hoffen auf den Frieden.“

Murphy sagte, die Politik der USA wolle nicht „alle Kriege in totale Kriege verwandeln, sondern eine Sicherung schaffen, daß sich Angriffe nicht lohnen“.

Schutzbefehl für 7. Flotte

Washington (AP). Präsident Eisenhower hat auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz erklärt, Rotchina werde die

7. US-Flotte überrennen müssen, wenn es versuchen sollte, Formosa zu besetzen. Die bisherigen Instruktionen für die 7. Flotte, die nationalchinesische Insel gegen jeden Angriff von außen her zu verteidigen, seien weiter in Kraft.

Die Welt-Rohölförderung

Im ersten Halbjahr 1954 betrug die Rohölförderung der Welt 338,4 Mill. t, sie lag damit fünf Prozent über dem Ergebnis der gleichen Zeit des Vorjahres mit 324,4 Mill. t. Den Erdölnachrichten entnehmen wir folgende Produktionszahlen:

	1. Halbjahr 1954	1953
USA	157,3	158,9
Kanada	5,7	4,5
Venezuela	49,5	45,0
Sonst. Lateinamerika	14,2	12,7
Mittl. Osten	65,7	59,4
Ferner Osten	8,5	7,9
Westeuropa	2,2	1,8
Freie Welt	303,1	290,2
UdSR	28,0	25,5
Rumänien	4,8	4,4
Österreich	1,5	1,5
Ungarn	0,5	0,4
Sonstige Satelliten	0,5	0,4
Sowjet-Block	35,3	32,2
Welt insgesamt	338,4	324,4

Feierliche Beisetzung de Gasperis

Rom (DPA/AP). Die sterbliche Hülle des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi wurde am Montag unterhalb des Hochaltars der Basilika San Lorenzo in Rom beigesetzt.

An dem Staatsbegräbnis nahmen neben den Angehörigen des

Verstorbenen die Mitglieder der italienischen Regierung, Vertreter der italienischen Parteien und die Angehörigen des Diplomatischen Korps teil.

Aus allen Teilen der Welt trafen Beileidstelegramme ein. Eines der ersten kam vom Bundeskanzler Adenauer, der den Tod de Gasperis einen großen Verlust für die europäische Einigungsbewegung nannte. Der belgische Außenminister Spaak telegraphierte, Europa habe mit de Gasperi den ehrlichsten, kühnsten und mutigsten Staatsmann dieser Tage verloren. Präsident Eisenhower sprach in einer Beileidsbotschaft die Hoffnung aus, daß der Geist de Gasperis, der für die ganze Welt vorbildlich war, fortwirken wird. Weitere Beileidstelegramme sandten Premierminister Churchill, Außenminister Eden und die Hohe Behörde der Montanunion, zu deren Parlamentspräsidenten de Gasperi in diesem Jahre gewählt worden war.

2. Die Aufstellung einer deutschen Nationalarmee, deren Generalstab und Oberbefehl auf irgendeine Weise mit den entsprechenden Einrichtungen anderer europäischer Staaten verschmolzen würde.

3. Der Abschluß eines neuen regionalen Verteidigungsbündnisses, entweder zwischen mehreren europäischen Staaten oder in Form zweiseitiger Bündnisse zwischen Deutschland und einigen europäischen Staaten, die dem Atlantikpakt angehören.

Die faulen Zahlen-Tricks der SED

Preisrechnung mit doppeltem Boden — Eine objektive Untersuchung

Bei der SED-Presse der Sowjetzone ist es ein beliebtes Zahlenspiel, die Preise mancher auf Karten erhältlichen Nahrungsmittel mit den Preisen in der Bundesrepublik zu vergleichen, um dann daraus auf eine bessere Lebenshaltung in der Sowjetzone zu schließen. Dieser Trugschluß ist durchsichtig; denn jeder weiß, daß es in der Sowjetzone nur ein manipuliertes Preisgefüge gibt und daß dort den billigeren Karten-Nahrungsmitteln HO-Wucherpreise für durchaus notwendige Güter der Lebenshaltung gegenüberstehen, aus denen dann die Staatszuschüsse für die „billigeren“ Waren bestritten werden.

Es ist ein Verdienst des Dahlemer Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem letzten Wochenbericht diese komplizierten Zusammenhänge objektiv dargestellt und aufgeföhlt zu haben.

Karten- und HO-Preise

Das Institut schätzt, daß der gesamte Geldaufwand für die auf Karten bezogenen Lebensmittel in der Sowjetzone zu den dort geltenden Preisen etwa 2,7 Mrd. DM kostet und daß dieser Betrag tatsächlich um etwa 1,4 Mrd. DM niedriger ist, als wenn man ihn zu den in der Bundesrepublik geltenden Preisen bewertet (natürlich ohne Berücksichtigung des Wechselkurses).

Diese relative Ersparnis von 1,4 Mrd. wird dem Verbraucher aber durch die gewaltigen Verbrauchssteuern, die in den HO-Preisen enthalten sind, in vielfacher Höhe wieder vom Staate weggenommen; denn die Gesamtbelastung mit Verbrauchssteuern ist in der Sowjetzone mit 8 Mrd. DM angesetzt und liegt damit — pro Kopf gerechnet — etwa viermal so hoch wie in der Bundesrepublik.

Die mangelhafte Publizität in der Sowjetzone, die von einem schlechten Gewissen zeugt (denn hier handelt es sich um eine soziale Geheimtueri und nicht um militärische Geheimnisse), macht es unmöglich, den genauen Anteil der HO-Steuern (Akkise), der auf den Lebensmittelumsatz entfällt, festzustellen. Aus gewissen Angaben über die Verbrauchshöhe bei einzelnen Lebensmitteln schließt das Dahlemer Institut aber, daß sich bei Fleisch-, Fett- und Zuckerpreisen die Verbilligungen und Verteuerungen gegenüber der Bundesrepublik an-

nähernd ausgleichen, so daß die Sowjetzone auf diesem Sektor im Durchschnitt etwa das gleiche Preisniveau wie die Bundesrepublik haben dürfte. Der dann noch verbleibende Teil der überhöhten Verbrauchssteuern von über 6 Mrd. DM trifft nicht nur die Genußmittel, sondern vor allem lebenswichtige Industriewaren wie Schuhe und Textilien.

Erfassung und Aufkauf

Auch auf anderen Gebieten sind Preisvergleiche ohne Berücksichtigung der Zuschüsse und „Preisausgleiche“ nicht möglich. So erhält die Landwirtschaft niedrige, an dem Preisstand von 1944 orientierte „Erfassungspreise“ für die Zwangsablieferung. Ein gewisser Ausgleich wird geschaffen durch die sehr viel höheren „Aufkaufpreise“ für die „Überzuschüsse“. 2,4 Mrd. DM schießt

für den Unterschied der Staat zu.

Unterbezahlung und Zuschüsse gleichen sich aber nicht aus. Für 1951 wurde von Sachverständigen berechnet, daß die sowjetzonale Landwirtschaft 82 v. H. der Beträge erhielt, die in der Bundesrepublik für die gleichen Mengen bezahlt worden wären.

Zahlenkunststücke

Ähnliche Preisverzerrungen entstehen im sowjetzonalen Außenhandel. Nach den Planzahlen werden aus dem Etat 3 Mrd. für Ausgleichszahlungen verwandt. Die über einen überhöhten Wechselkurs eingeführten „teuren“ Rohstoffe werden subventioniert. Das gleiche geschieht praktisch bei der Kalkulation der Preise für Industriewaren, in der keine Spanne für „Selbstfinanzierung“ vorhanden ist.

Infolge solcher Zahlenkunststücke ist es überhaupt nicht möglich, zwischen dem Westen und den Oststaaten Preisvergleiche, die auf entsprechende Leistungen schließen ließen, anzustellen. Nur die großen Unterschiede im Niveau der Lebenshaltung sind nicht zu verschleiern, weil sie trotz der sozialen Geheimtueri für jeden Verbraucher offensichtlich sind.

Erntehelfer als roter Stoßtrupp

„Vorübergehende Aushilfe“ — Bauern sollen kapitulieren

Rund 6000 Jugendliche, die von der SED nach dem FDJ-Deutschlandtreffen zu einem „befristeten Landeinsatz“ ausgesucht wurden, bekamen jetzt Nachricht, daß sie vorerst bis zum Frühjahr auf dem Lande bleiben. Gleichzeitig führt die SED unter Zehntausenden von „Erntehelfern“ — meist sind es politische Agitatoren und Funktionäre, die Bewährungsarbeit leisten — eine Kampagne durch, sich freiwillig für zweijährige Landarbeit zu verpflichten. Und auch die „vorübergehenden Helfer“ des Vorjahres sind auf den Produktionsgenossenschaften geblieben. Damit bestätigt sich, daß die SED die Absicht hat, sozusagen durch die Hin-

tertiär die sowjetzonale Landwirtschaft kommunistisch zu durchsetzen.

Zur Zeit werden in allen SED-Parteiorganisationen Umfragen gehalten, wer von den Genossen früher in irgendeiner Form auf dem Lande gearbeitet hat. Diese sucht die Partei dann als „Spezialisten“ zu verpflichten, indem sie ihnen gleiche und oftmals höhere Einkommensanteile als den Produktionsgenossenschaftsbauern verspricht.

Den Bauern wird erklärt, es handle sich nur um vorübergehende Aushilfen im Rahmen der Aktion „Solidarität von Stadt und Land“.

Warnende Beispiele für Volksrichter

Volksstaatsanwalt in Westberlin verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). Der bisherige sowjetzonale Volksstaatsanwalt Willi Bostelmann wurde jetzt in Westberlin festgenommen. Der 47jährige, der von 1947 bis vor kurzem abwechselnd als Volksrichter, Volksstaats- und -oberstaatsanwalt fungiert hatte, meldete sich als politischer Flüchtling.

Er behauptete, wegen Unterlassung einer Amtshandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden zu sein. Das Oberste Sowjetzonenengericht habe ihn jedoch wieder freigesprochen und seinen Fall an den SSD überwiesen.

Als er beim Bundesnotaufnahmeverfahren vorsprach, wurde festgestellt, daß bereits zahlreiche Flüchtlinge belastende Angaben gegen Bostelmann gemacht hatten. Ähnliche Berichte über ihn lagen beim Untersuchungsausschuß freier Juristen vor. Bostelmann wird vorgeworfen, sich der Rechtsbeugung, Geständnis-erpressung, Nötigung, Freiheitsberaubung, des Diebstahls und der Unterschlagung schuldig gemacht zu haben.

Nach Aussagen von Flüchtlingen soll er bei Vernehmungen gewöhnlich eine Pistole auf den Tisch gelegt haben, um die gewünschten Aussagen zu erzwingen. In einem Fall soll er zu Unrecht einen Haftbefehl sowie eine Beschlagnahmeverfügung erlassen haben. Bei der Beschlagnahme habe er persönlich mitgewirkt und sich an dem Privateigentum des Verhafteten bereichert. Ferner wird ihm im einzelnen vorgeworfen, zu einem ungerechtfertigten Zuchthausurteil gegen eine Frau wegen Vergehens nach Artikel 6 der Sowjetzonenverfassung beigetragen zu haben. Nach Artikel 6 sollen alle Personen bestraft werden, die „Boykott- und Kriegshetze, Spionage und Sabotage“ betreiben oder „friedensfeindliche Äußerungen“ getan haben.

Bostelmann bestreitet alle Vorwürfe. Der Vernehmungsrichter erließ Haftbefehl.

Volksrichter vor Gericht

Lüneburg (AP). Der aus der Sowjetzone geflohene frühere

Präsident des Landgerichts in Gera (Thüringen), der 44jährige Martin Hammer, ist im Notaufnahmelaager Ülzen - Bohldamm verhaftet und in das Ülzenener Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Staatsanwaltschaft gab bekannt, daß gegen Hammer ein Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung läuft. Er soll selbst die in der Sowjetzone geltenden Gesetze mißachtet und in Strafprozessen mehrfach nicht zu rechtfertigende Urteile gesprochen haben. Hammer begann seine Richterlaufbahn als Bürogehilfe bei einem Rechtsanwalt.

Max Reimanns Sohn im Zuchthaus

Zu 15 Jahren verurteilt — Seit langem in SSD-Haft

Berlin (AP). Joseph Reimann, der seit dem Herbst 1949 verschwundene 27jährige Sohn des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik, ist nach Informationen des Untersuchungsausschusses freier Juristen von einem Sowjetzonenengericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Nach seiner Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im März 1949 war der aus erster Ehe stammende Sohn Max Reimanns aus Westdeutschland in die Sowjetzone übersiedelt. Dort besuchte er eine Volkspolizeischule in Torgau, flüchtete jedoch bereits im September des gleichen Jahres nach Westberlin und stellte sich unter den Schutz der britischen Behörden. Er wurde nach Westdeutschland geflogen, verschwand jedoch schon wenige Wochen später unter mysteriösen Umständen wieder in die Sowjetzone.

Mindestens bis zum Frühjahr 1952 wurde Joseph Reimann, nach dem Bericht des Untersuchungsausschusses, streng isoliert im Untersuchungsgefängnis des SSD in Berlin-Hohenschönhausen festgehalten. Im Anschluß an seine Verurteilung, deren Zeitpunkt nicht näher bezeichnet wurde, kam der junge Reimann in das mecklenburgische Zuchthaus Bützow-

Behinderung der Jungen Gemeinde

Berlin (Eigenbericht). Nach neuesten Berichten hat in der letzten Zeit in zahlreichen Fällen die Behinderung der evangelischen Jungen Gemeinde in der Sowjetzone zugenommen. Auf den Oberschulen vor allem wird in verstärktem Maße persönlich gegen Jugendliche vorgegangen, die sich gesinnungsmäßig der Kirche verbunden wissen. Hierbei wird das Stichwort „Junge Gemeinde“ jedoch sorgfältig vermieden.

Priester in Gefangenschaft

Hanoi (KNA). 118 Priester werden nach Angabe zuständiger Missionsstellen in Hanoi von den Kommunisten dort gefangengehalten.

Dreierbergen. Von dort aus soll er kürzlich mit unbekanntem Ziel abtransportiert worden sein.

30% Jugendliche

Berlin (Eigenmeldung). Die Zusammensetzung des Flüchtlingsstromes aus der Sowjetzone nach Westberlin unterliegt beständigen Wandlungen, die sich zum Teil aus Maßnahmen des Pankower Regimes erklären.

Daß der Volksaufstand des 17. Juni in der Hauptsache von Arbeitern getragen war, drückte sich z. B. im Anschwellen ihres Anteils an der Flüchtlingsziffer aus. Während im Mai 1953 dieser Anteil 46,2 v. H. betragen hatte, erhöhte er sich auf 66,0 v. H. im Juli und stieg dann noch bis auf 71,0 v. H. im September an. Da die Verfolgung der am Aufstand Beteiligten weiter anhält, schwankte der Arbeiteranteil auch im Frühjahr 1954 noch zwischen 65 und 70 v. H.

Offensichtlich ist das Steigen des Anteils der Jugendlichen (14 bis 25 Jahre) seit Mai 1953, als er 24,3 v. H. betrug. Im Juli schnellte er auf 33,5 und im September sogar auf 35,1 v. H. empor. Nach einem neuen Höhepunkt im Januar 1954 mit 33,4 v. H. fiel der Anteil der Jugendlichen bis auf 25,1 v. H. im April. Seitdem ist er erneut im Steigen.

Man kann sich nur wundern

Man höre und staune: Adolf Hennecke hat Selbstkritik geübt. Auf einer Versammlung im Steinkohlenrevier von Oelsnitz. Hat er etwa gesagt: „Kumpel — ich gebe es zu, ich bin der gemeine Kerl, der euch diese endlose Normentreiberei eingebracht hat. Ihr wißt ja selbst, daß mein Übersoll damals glatter Betrug war. Aber nun will ich die Konsequenzen daraus ziehen — ich trete als Volkskammerabgeordneter zurück. Denn das bin ich ja doch nur dadurch geworden, daß ich mich damals zu der dreckigen Geschichte hergeben habe!“ So etwa hätte Hennecke echte Selbstkritik üben können. Aber was sagte er? Er faselte davon, er hätte sein „Soll nicht erfüllt“ als — Volkskammer-Abgeordneter. Weil er „manchen Wählerauftrag nicht voll erfüllen“ konnte. Wählerauftrag? Der einzige Wählerauftrag an den Normentreiber Nr. 1 wäre, daß er so schnell wie möglich in der Versenkung verschwinden oder aber dafür sorgen solle, daß die Normenschraube wieder zurückgedreht wird. Statt dessen stellte er sich auch noch hin und verlangte „neue Verpflichtungen zur Mehrproduktion“ anläßlich der Volkskammer-„Wahlen“. Wirklich, mitunter muß man sich doch noch wundern, zu welcher Unverschämtheit SED-Funktionäre fähig sind.

Aber auch ein Volksrichter in Ost-Berlin hat zusammen mit seinem Staatsanwalt dieser Tage eine traurige Glanzeistung geboten: Er verurteilte einen taubstummen Schneider wegen „friedensgefährdender faschistischer Propaganda“ zu zwei Jahren Gefängnis. Ein Mann, der weder sprechen noch hören kann, soll den Frieden der DDR bedroht haben? Der Schneider hätte nichts weiter getan, als daß er nach Westberlin gegangen war und sich dort als politischer Flüchtling gemeldet hatte. Später war er in den Ostsektor zurückgekehrt. Das reichte dem „Volksgericht“. Denn, so argumentierte der Staatsanwalt, schon die Tatsache, daß jemand sich in Westberlin als Flücht-

ling meldet, ist faschistische Propaganda, auch wenn er gar nichts über die Zustände in der DDR verlauten läßt. Allein durch sein Erscheinen auf der Flüchtlingsstelle bringe er zum Ausdruck, daß das Leben unter der „neuen Gesellschaftsordnung“ nicht auszuhalten sei.

Der Staatsanwalt soll sich nur vorsehen: Es ist noch nicht so lange her, daß aus Pankow feierlich erklärt wurde, Flüchtlinge dürften ungestraft in die Zone zurückkehren. Das war, als man vergeblich versuchte, die Bauern wieder auf die leeren Höfe zu locken... Inzwischen scheint die feierliche Erklärung Grotewohls wieder vergessen zu sein. Aber vielleicht, wenn der SED-Staatsanwalt einmal von seiner Partei „gesäubert“ werden soll, wird man ihm aus der alten Erklärung, die er einfach übergang, einen Strick drehen und ihn damit so schnell zu Fall bringen, daß er sich wundert...

Nur flüstern ...

Der Fehler

Während einer Propagandaversammlung versucht ein Parteifunktionär seinen Zuhörern zu erklären, die Regierung in Pankow hätte keine Anstrengungen gescheut, um das Leben billiger zu gestalten und den Markt mit mehr Waren zu beliefern. Ein Zuhörer schüttelt dauernd den Kopf und zeigt damit, daß er mit dieser Behauptung durchaus nicht einverstanden ist.

„Warum schütteln Sie den Kopf?“ fragt der Funktionär.

„Was Sie da sagen, Genosse, ist nicht wahr“, meint der Zuhörer, sichtlich entrüstet. „Ich habe eine Runde durch alle Märkte gemacht, und dabei sah ich, daß die Preise höher liegen als vorher, und daß fast alle Waren nicht zu haben sind!“

Ärgert sich der Parteifunktionär sehr und donnert zurück: „Sie irren — und obendrein haben Sie sich entlarvt. Was machen Sie denn auf dem Markt, statt zum Schulungskurs

Linientreuer Kino-Trick

Wien (Eigenmeldung). Die tschechischen Kommunisten haben ein neues Mittel entdeckt, um die Bevölkerung in Kinos zu locken, die Propagandafilme zeigen: Wie Radio Freies Europa berichtet, koppeln die Kinos jetzt oft in einer Vorstellung jeweils einen aus dem Westen importierten Film mit einem kommunistischen Streifen. Da aus den Kinoanzeigen nicht hervorgeht, welcher Film zuerst und welcher als zweiter läuft und die Ausgänge während der ganzen Vorstellung geschlossen bleiben, sind die Zuschauer gezwungen, auch die kommunistischen Filme über sich ergehen zu lassen.

Anscheinend sind die tschechischen Kinobesucher jedoch der Ansicht, daß westliche Filme es wert seien, sich durch einen sozialistisch-realistischen Streifen zu gähnen, denn die Filmtheater sind bei solchen Doppelvorstellungen immer voll besetzt.

zu gehen! Gerade im letzten Schulungskurs konnten Sie nämlich ganz genau erfahren, daß es so ist, wie ich sagte!“

Die Lösung

Der polnische Staatspräsident Boleslaw Bierut, besorgt wegen des fortgesetzten Mangels an Lebensmitteln und Wohnungen, bat einen seiner Vertrauten, ihm eine Lösung dieses schwierigen Problems vorzuschlagen.

„Ganz einfach, Genosse Präsident“, sagte der Vertraute, „alles, was Sie zu tun haben, ist, die Grenzen zu schließen und wieder zu öffnen.“

„Und das soll Lebensmittel herbeschaffen und die Wohnungsknappheit beseitigen?“ fragt Bierut.

Darauf der Ratgeber: „Wenn Sie die Grenze nach dem Osten schließen, verbleiben alle Lebensmittel in Polen, und wenn Sie die westliche Grenze öffnen... dann werden bald so viele Menschen Polen verlassen, daß jeder sein eigenes Haus haben kann.“

Die Hoffnung der Welt

Eigenbericht vom Kongreß des Weltrats der Kirchen

Ein paar zehnjährige Buben in der Uniform der amerikanischen Pfadfinder starren den würdigen alten Mann in der langen roten Robe mit großen Augen an. „Lebst du im Dschungel?“ fragt einer schüchtern. Der Bischof aus Indien streicht seinen Bart und lacht. Er ist einer der rund sechshundert Delegierten, die hier auf dem Gelände der Nordwest-Universität in Evanston, nicht weit von Chicago, zur zweiten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen zusammengekommen sind. Der Weltrat repräsentiert annähernd 170 Millionen evangelische und orthodoxe Christen aus 161 Kirchen und 48 Nationen.

Die kleine wohlhabende Stadt Evanston kennt sich selbst nicht mehr in diesen Tagen. Jeder zweite Mensch, den man auf der Straße trifft, trägt das offizielle Kennzeichen der Vollversammlung. Zu den Delegierten kommen Hunderte von

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

„Beratern“, und die Zahl der Presse- und Rundfunkberichter übersteigt noch die der Delegierten.

Der Weltrat der Kirchen ist, so sagte Generalsekretär Visser 't Hooft in seinem Rechenschaftsbericht am zweiten Tag der Vollversammlung, ein Werkzeug, das die Kirchen sich geschaffen haben, um gemeinsam ihren gottgegebenen Auftrag zu erfüllen.

Theologische Fragen

Es geht hier in Evanston zunächst nicht um äußere Fragen der Zusammenarbeit. Es geht um das gemeinsame Hören auf Gottes Wort. In dem Bericht der Kommission heißt es: „Wir leben in einer Zeit, in der sehr viele ohne Hoffnung sind.“ Denen, die da fragen: „Worauf dürfen wir warten?“ — antworten wir: „Wir stehen nicht vor einer piadlosen Wüste unerfüllter Zeit. Wir blicken auf unseren lebendigen Herrn, unseren Richter und Heiland. Wir kennen sein Wort: ‚Seid ge-

trost, ich habe die Welt überwunden.“

Praktische Probleme

Aber es werden nicht nur theologische Fragen erörtert. Was das Evangelium von „Christus, der Hoffnung der Welt“ nun praktisch in den verschiedenen Lebensbereichen bedeutet, das wird die Vollversammlung in sechs Sektionen während der zweiten Woche herausarbeiten.

Offene Worte in Evanston

Mutige und offene Worte sind schon während der ersten Tage des großen Treffens in Evanston gesprochen worden.

„Die Kirche in der Sowjetzone Deutschlands lebt auf vulkanischem Boden.“ Dies erklärte Generalsuperintendent D. Günter Jacob aus Kottbus zur Frage der religiösen Freiheit in einer außerordentlich scharfen Rede. Der Kommunismus wolle die Zerstörung des christlichen Glaubens. „Die Kluft kann nicht überbrückt werden. Es gibt keine Synthese zwischen der kommunistischen Ideologie, die sich zu einer fanatischen Religion entwickelt hat, und unserem christlichen Glauben.“

Aus taktischen Gründen habe sich die Staatsleitung der Sowjetzone in den letzten achtzehn Monaten allerdings zu bedeutenden Erleichterungen für die Kirche bereit gefunden. Das ändere aber nichts daran, daß die Kommunisten das Christentum als „Produkt primitiver menschlicher Ängste ansehen“ und hoffen, ihm allmählich durch wissenschaftliche und ideologische Propaganda die Existenzgrundlage zu entziehen.

Der Ratsvorsitzende der Evan-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Da wird es dann um die Fragen der Mission, der internationalen Spannungen, der sozialen Umwälzungen in unserer Zeit, um die Rassenfrage und um das moderne Berufsleben gehen. Und dann geht es um die praktische Arbeit des Weltkirchenrates.

gelichen Kirche in Deutschland, D. Dr. Dibelius, hat an die in Evanston versammelten Vertreter des Weltkirchenrates appelliert, die Hilfe für die Gläubigen in der Sowjetzone fortzusetzen.

Ein Sprecher der Jugendabteilung des Weltkirchenrates erklärte, die christliche Jugend der Welt fühle sich mit der Jungen Gemeinde in Mitteldeutschland aufs engste verbunden. In ihrem Kampf um die Glaubensfreiheit stehe die Junge Gemeinde heute in der vordersten Front der geistigen Auseinandersetzung mit fremden Ideologien und verdiene den Rückhalt der übrigen christlichen Welt.

Präsident Eisenhower hat auf der Weltkirchenkonferenz alle Gläubigen der Welt in einer Ansprache aufgefordert, gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu beten. Eisenhower betonte, ein Frieden ohne Gott sei unmöglich.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.